



Bundesministerium  
der Justiz

Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

**Benjamin Strasser MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär  
beim Bundesminister der Justiz

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Jessica Tatti  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 30 18 580-9010

E-MAIL [pst-strasser@bmj.bund.de](mailto:pst-strasser@bmj.bund.de)

12. Juli 2024

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 7/98 vom 4. Juli 2024

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 7/98:

*Wann will die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über den Stand der im Oktober 2022 aufgenommenen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft wegen eines "schweren gewalttätigen Angriffs auf die Energieversorgung" der Bundesrepublik Deutschland unterrichten ([www.tagesschau.de/inland/ermittlungen-pipelines-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/ermittlungen-pipelines-101.html)) nachdem Schweden seine Ermittlungen eingestellt und seine Ermittlungsergebnisse über den Nord Stream-Anschlag deutschen Ermittlern zur Verfügung gestellt hat ([www.tagesschau.de/ausland/europa/daenemark-nord-stream-untersuchung-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/europa/daenemark-nord-stream-untersuchung-100.html)), und wie ist die Position der Bundesregierung zum chinesischen Vorstoß im UN-Sicherheitsrat für eine internationale Untersuchung der Sprengung von Nord Stream ([un.china-mission.gov.cn/eng/hyyfy/202404/t20240427\\_11290033.htm](http://un.china-mission.gov.cn/eng/hyyfy/202404/t20240427_11290033.htm))?*

Antwort:

Die Bundesregierung unterrichtet den Deutschen Bundestag grundsätzlich nicht unaufgefordert über den Stand der vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA) zu den Sabotageakten an den Nord Stream-Pipelines in der Ostsee am 26. September 2022 geführten Ermittlungen. Auskünfte hierüber erteilt die Bundesregierung auf entsprechenden Antrag einer Fraktion etwa in Ausschusssitzungen oder im Rahmen parlamentarischer Anfragen. Insoweit steht aktuell die Beantwortung der Großen Anfrage zum Thema „Die Sprengung der Nord Stream-Pipelines“ (Bundestagsdrucksache 20/11251) an.

Die Bundesregierung unterstützt den Vorschlag einer internationalen Untersuchung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen nicht. Sie vertraut den Ermittlungen des GBA. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat keine internationale Untersuchung gefordert. Zu Positionen von Drittstaaten äußert sich die Bundesregierung nicht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Olaf Scholz', written in a cursive style.